

Arbeitsgerichte: Minden fühlt sich abgehängt

In der Region soll es künftig nur noch einen Standort geben. Vor allem die Randgebiete üben daran viel Kritik.

Ingo Kalischek

Düsseldorf/Minden. Kündigung, Lohnzahlung, Urlaubsanspruch: Wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich so verhaken, dass keine Einigung in Sicht ist, ziehen sie vors Arbeitsgericht. In OWL müssen sie dafür künftig mitunter weitere Wege in Kauf nehmen. Das Land plant eine Reform seiner Arbeitsgerichte, was zu viel Unmut in der Region führt. Doch ist das letzte Wort schon gesprochen?

Vor allem in Minden gibt es Aufregung. Von einem „fatalen Signal für den Rechtsstaat“ im Hinblick auf „gebotene Bürgernähe“ spricht ein Zusammenschluss verschiedener Akteure, darunter der lokale Arbeitgeberverband, die Kreishandwerkerschaft und der DGB. Anlass ist, dass die bislang fünf Arbeitsgerichte in OWL (Bielefeld, Herford, Detmold, Paderborn und Minden) zu einem Zentrum in Bielefeld

zusammengelegt werden sollen. Landesweit will NRW-Justizminister Benjamin Limbach (Grüne) die derzeit 30 Standorte halbieren.

OWL wäre von den Veränderungen besonders betroffen, heißt es aus Minden. Der geplante Arbeitsgerichtsbezirk Bielefeld wäre „mit Abstand“ der flächengrößte Gerichtsbezirk in NRW und würde mit rund zwei Millionen Einwohnern gut ein Neuntel der Landesbevölkerung umfassen. Das aber würde durch nur ein Arbeitsgericht in Bielefeld nicht angemessen abgebildet. Eine „angemessene Repräsentanz“ der Region OWL sei insbesondere auch zum Entgegenwirken eines in der Bevölkerung „nachteilig wahrgenommenen Stadt-Land-Gefälles“ und einer „verstärkt gefühlten Abgehängtheit“ als ländlicher Raum dringend anzuraten, heißt es in einem Schreiben an die Landesregierung.

Die Akteure aus Minden bringen mehrere Argumente für ihre Kritik vor. Der Weg nach Bielefeld sei schlichtweg zu weit; die Rede ist von einer „nicht mehr zumutbaren Erreichbar-

keit“. Das Arbeitsgericht in Minden habe in den vergangenen Jahren in OWL die höchste prozentuale Steigerung der Eingangszahlen verzeichnet. Zudem sei der Kreis Minden-Lüb-

becke mit seinen Kreisgrenzen zu 80 Prozent – und damit so viel wie kein anderer Kreis in NRW – mit einem anderen Bundesland benachbart und am weitesten von der Landeshauptstadt entfernt.

„Der Minister hält nach großer Kritik in der Expertenanhörung trotzdem an den unausgewogenen Reformplänen fest“, moniert die SPD-Landtagsabgeordnete Christina Weng aus Minden. „Die Region OWL und damit auch der Kreis Minden-Lübbecke, aber auch der Bereich Niederrhein werden mehr als andere Regionen benachteiligt. Trotz aller Beschwerden trifft es damit den ländlichen Bereich erneut besonders stark.“

Limbach will sich auf Anfrage dieser Redaktion nicht persönlich zu der Situation in OWL äußern. Sein Sprecher teilt mit, dass die Arbeitsgerichtsbarkeit in Ostwestfalen-Lippe „weiterhin in der Fläche präsent“ – und

für die Rechtssuchenden „gut erreichbar“ bleibe. In Bielefeld werde ein „starkes, nachhaltiges Kompetenzzentrum“ für die ganze Region entstehen, von dem alle Verfahrensbeteiligten „profitieren“ würden.

Zudem würden in Detmold, Minden und Paderborn Gerichtstage stattfinden. Das bedeute, dass die Richterinnen und Richter auch weiterhin in diese Städte fahren und dort vor Ort alle Verhandlungen stattfinden würden. „Lediglich am bisherigen Standort Herford wird es mit Blick auf die geringe Entfernung zum künftigen Stammgericht in Bielefeld keinen Gerichtstag geben.“

Wie das Ministerium weiter mitteilt, so gab es in den Jahren 2021 bis 2025 die meisten Urteilsverfahren in Bielefeld (rund 2.600), gefolgt von Paderborn (rund 1.300), Minden (knapp 1.200), Herford (1.000) und Detmold (931).



War's das mit dem Arbeitsgericht in Detmold? Der Standort in Lippe soll gemeinsam mit Minden, Herford und Paderborn künftig mit dem Arbeitsgericht Bielefeld zusammengelegt werden.

Foto: Jost Wolf